

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Gaiberg

am 23. Januar 2019

Verhandelt: Gaiberg, den 23. Januar 2019, 19:00 Uhr

Anwesend:

- 1. Vorsitzende:** Bürgermeisterin Petra Müller-Vogel
- 2. Gemeinderäte:** Aldenhoff, Tobias
Dr. Haider, Maximilian
Dr. Hennrich, Hans Jürgen (ab 19.05 Uhr)
Dr. Mühleisen, Martin
Sauerzapf, Dieter
Schätzle, Rolf-Dieter
Schuh, Eric
Senghas, Gunther
Volkman, Matthias
Wallenwein, Daniel
- 3. Schriftführerin:** Angestellte Nina Wesselky
- 4. Beamte, Angestellte:** Hauptamtsleiter Alexander Wenning
Rechnungsamtsleiterin Tanja Edinger

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass durch Schreiben vom 15.01.2019 ordnungsgemäß geladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung wurde am 18. Januar 2019 in den Gemeinde-Nachrichten Nr. 3/2019 bekannt gemacht.

Das Kollegium ist beschlussfähig, weil 11 Mitglieder anwesend sind.

Es fehlten als beurlaubt: Herr Gemeinderat Müller
Herr Gemeinderat Trost

nicht beurlaubt, oder aus anderen Gründen: -/-

zu Urkundspersonen wurden ernannt: Gemeinderat Dr. Haider
Gemeinderat Dr. Mühleisen

**Öffentliche Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 23. Januar 2019
um 19.00 Uhr im "BürgerForum Altes Schulhaus"**

T a g e s o r d n u n g

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 12/2018 vom 19. Dezember 2018
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung Nr. 12/2018 vom 19. Dezember 2018
3. Bekanntgaben der Verwaltung
4. Fragen und Anträge der Gemeinderäte
5. Bürgerfragestunde
6. Änderung Satzung der Schulkindbetreuung/flexible Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung
7. Läuten der Glocken der Evang. Kirche in Gaiberg und Zeitangabe durch den Glockenschlag – Antrag der SPD/Aktiven Gaiberger
8. Beschlussfassung zur Umsetzung der Zone 30 im Bereich der Lärmüberschreitung bzw. Erreichen der Lärmgrenze im Bereich der L600.
9. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs der Wasserversorgung für das Jahr 2019
10. Überschreitung des Feuerwehrhaushaltes 2018
11. Erweiterung der Straßenbauarbeiten im Bereich des Ortsmittelpunktes Gaiberg
12. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 29. Januar 2019 – Genehmigung der Tagesordnung
13. Annahme von Spenden
14. Kenntnissgabeverfahren nach § 51 Abs. 1 und 2 LBO - Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage auf dem Grundstück Flst. Nr. 702, Bammentaler Straße 49
15. Verschiedenes

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung 12/2018 vom 19. Dezember 2018

Gemeinderat Volkmann bittet um Umformulierung seiner anfänglichen Bemerkung zum Ordnungsdienst auf Seite 4. Der Satz ist missverständlich formuliert und er möchte klarstellen, dass nicht er bereits Täter war, sondern diejenigen gemeint waren, welche vielleicht bereits selbst im Rahmen des Ordnungsdienstes gerügt wurden.

Herr Schätzle bittet darum, das Protokoll künftig wieder doppelseitig zu drucken.

Auf Seite 3. steht, dass die „Kölner Teller“ im Januar wieder auf der Tagesordnung stehen sollen und er fragt warum dies nicht so ist. Die Bürgermeisterin entgegnet, dass sie dazu gleich etwas sagen werde.

Auf Seite 9. möchte er, bezüglich des breiteren Gehweges ergänzt haben, dass er einen breiteren Gehweg im Bereich der Klappsitze meinte, damit diese dort auch hinpassen.

Unter TOP 12 steht, dass Gemeinderat Schätzle sich mehr Kontrollen in der Gartenstraße wünscht. Er sagte jedoch Bergstraße, weshalb dies korrigiert wird.

Auf Seite 9. Steht, dass Dr. Haider sich bezüglich dessen, was eine Fraktion darstellt schlaue machen möchte. Er merkt dazu an, dass dies in § 32 a GemO genau nachzulesen ist.

Gemeinderat Mühleisen bittet darum Satz 4 zu TOP 9 wie folgt umzuformulieren: „Er zeigt Beispielstücke kaputter Rohre und beschreibt den großen Wasserverlust aufgrund eines vermeintlich kleinen Schadens.“

Beschluss

Das Protokoll Nr. 12/2018 vom 19. Dezember 2018 wird einstimmig mit diesen Änderungen zur Kenntnis genommen.

2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung Nr. 12/2018 vom 19. Dezember 2018

- Kenntnisnahme des Protokolls der Sitzung 11/2018 vom 21. November 2018
- Einstellung einer Auszubildenden zum 01.09.2019

3. Bekanntgaben der Verwaltung

- Die Ladesäule für Elektroautos wurde in Betrieb genommen und offiziell übergeben. Hierbei waren auch einige Gemeinderäte anwesend. Bis zum 30.06.2019 werden die Ladungen kostenlos angeboten. Danach wird über Tankkarten abgerechnet.
- Für die nächste Verkehrsschau wurden die Verkehrsberuhigung in der Heidelberger Straße (Alternative zu den Kölner Tellern) und die Möglichkeiten des Parkens in der Pfarrgasse aufgenommen. Die Kölner Teller stehen daher heute nicht auf der Tagesordnung, da erst die Verkehrsschau abgewartet werden soll. Wenn hier Gemeinderäte dazu kommen möchten, mögen sie bitte vorher bei der Verwaltung wegen des Termins anfragen.
- Der Wasserverlust des Jahres 2018 beträgt 14,49%. Es wurde wieder deutlich mehr Wasser verkauft als zuvor.

4. Fragen und Anträge der Gemeinderäte

Herr Gemeinderat Sauerzapf

Gemeinderat Sauerzapf bemängelt, dass seitens der AVR zusätzliche Kartons, welche neben die Mülltonnen gestellt werden, nicht mehr, wie früher üblich, mitgenommen werden. Wenn die Tonnen voll sind sollen die Kartons nach Wiesloch oder Sinsheim gebracht und abgegeben werden. Dies findet er absurd und kann es nicht nachvollziehen. Eventuell sollte mit der AVR auch das Aufstellen eines Containers besprochen werden. Er fragt nach der aktuellen Situation. Diese kennt die Vorsitzende auch nicht, könnte sich aber vorstellen, dass es dazu eine entsprechende Dienstanweisung der AVR gibt. Sie versteht auch nicht, wieso die Kartonage nicht mitgenommen wird, schließlich stellt sie einen Wertstoff dar. Als Möglichkeit nennt sie entsprechende Müllsäcke welche auf dem Rathaus zu erwerben sind oder die Möglichkeit einer größeren Tonne. Gemeinderat Sauerzapf erwidert, dass es gerade alten Leuten nicht zuzumuten sei Kartons klein zu machen um sie in Tonnen oder Müllsäcke zu stopfen und bittet um verbindliche Auskunft bis zur nächsten Sitzung. Die Vorsitzende wird dies klären.

Des Weiteren spricht er einen Wohnwagen an, der in der Panoramastraße steht und bereits ein rotes Schild bekommen hat. Er fragt wie hier das weitere Verfahren aussieht und ob dieser abgeschleppt wird. Er erhält vom Hauptamtsleiter die Auskunft, dass das Verfahren läuft und der Wagen abgeschleppt wird.

Herr Gemeinderat Schuh

Er berichtet vom Ausflug mit den Flüchtlingsfamilien in den Zirkus. Es war ein sehr gelungener Ausflug, super organisiert und mit tollen Plätzen. Man hat viele neue Gesichter kennengelernt und am Abend gingen alle glücklich nach Hause. Er dankt noch einmal Herrn Dr. Haider für die Spende, welche beispielsweise ein Kartenupgrade auf bessere Plätze ermöglicht hat. Der Besuch im Zirkus hat allen großen Spaß gemacht.

Herr Gemeinderat Schätzle

Gemeinderat Schätzle stellt einen Antrag betreffend die untere Fläche der neuen Ortsmitte vor dem künftigen Bistro. Dort seien keine Versorgungsstellen mit Strom und Wasser vorgesehen. Dies könnte man später, gerade im Hinblick auf Veranstaltungen, bereuen. Eine Versorgung über Schläuche und Kabel ist sehr unpraktisch. Deshalb wünscht er sich hier eine zusätzliche Versorgungsstelle.

Herr Gemeinderat Dr. Mühleisen

Gemeinderat Mühleisen merkt zu Gemeinderat Sauerzapfs Problem mit den Kartons an, dass er gestern viele gesehen hat, die mitgenommen wurden. Er hätte aber auch schon Gegenteiliges beobachtet.

Er kommt zurück auf eine Anmerkung aus der Bevölkerung in der letzten Sitzung in welcher das englische Theaterstück am Seniorennachmittag bemängelt wurde. Dieses sei vorher so gut erklärt worden, dass jeder gut mitkommen konnte. Zudem seien die Kinder sehr stolz darauf gewesen zeigen zu können was sie gelernt haben. Er fand die Aufführung gut und bittet darum dieses Lob an das Lehrpersonal weiterzugeben.

Herr Gemeinderat Dr. Haider

Gemeinderat Haider schließt sich Gemeinderat Mühleisen bezüglich der Kartons an. In seiner Nachbarschaft seien zuletzt viele Kartons mitgenommen worden. Betreffend der Gebührengruppen für den Kindergarten und die Kernzeit bittet er um eine Aufstellung wie viele Kinder in den einzelnen Gehaltsstufen eingruppiert sind.

Er fragt welche Vereine gefördert werden, da z. B. die Grüne Liste ein Verein sei, aber keine Förderung erhalte. Herr Schätzle merkt an, dass auch die Aktiven Gaiberger keine Förderung erhalten. Der Hauptamtsleiter glaubt, dass politische Gruppierungen von der Förderung ausgenommen sind. Die Vorsitzende will das prüfen.

Es gab die Information, dass die Ladesäule für Elektroautos mit Ökostrom betrieben wird. Der verwendete Strom sei gemeindeeigener Strom. Dieser wird über die EnBW abgerechnet und nicht etwa vom Ökostromanbieter EWS Schönau bezogen. Er möchte daher wissen woher der Strom stammt. Der Hauptamtsleiter erteilt die Auskunft, dass das Angebot noch kommen wird. Es ist korrekt, dass die EnBW und nicht die EWS Schönau Anbieter ist. Es wird sich jedoch um Ökostrom handeln.

Herr Gemeinderat Senghas

Gemeinderat Senghas freut sich, dass die Straßensperrung in Lingental seit einiger Zeit aufgehoben ist. Nun sei in der Ortsdurchfahrt eine Geschwindigkeitsmesstafel installiert worden. Diese befinde sich allerdings hinter einer Ampel und sei kaum einsehbar. Er bittet darum dies nach Leimen weiterzugeben.

Herr Gemeinderat Volkmann

Gemeinderat Volkmann fragt wie der Stand bezüglich einer Verbesserung der Ruftaxi-Verbindung von „Drei Eichen“ nach Gaiberg und von der S-Bahnhaltestelle Bammental nach Gaiberg ist. Insbesondere am Wochenende sei dies wichtig. Hauptamtsleiter Wenning erklärt, dass eine Verbindung von „Drei Eichen“ eine neue Linie wäre und dies mit Leimen verhandelt werden müsse. Der Antrag zu Verbesserung der Verbindung am Wochenende liege bereits beim Landratsamt zur Genehmigung.

Volkmann bemängelt, dass am Wochenende nichts von Bammental fahren würde. Der Hauptamtsleiter erwidert, dass Ruftaxen fahren und erläutert die Möglichkeiten nach Gaiberg zu kommen. Es gäbe im Moment noch eine Lücke zwischen 21 und 23 Uhr von Bammental aus. Hier wird eine neue Verbindung kommen.

Gemeinderat Volkmann bittet darum dies im Amtsblatt zu veröffentlichen, da die Bürger davon nicht wüssten. Diese würden eine Verbindung von Heidelberg über Bammental nach Gaiberg besser finden, als über Leimen.

Am 10.01.2019 fand die Sitzung bezüglich der Radwege statt. Er bittet darum, dass evtl. ein Planungsbüro beauftragt wird, welches Kosten etc. ermittelt. Mit dem Rhein-Neckar-Kreis soll Rücksprache gehalten werden bezüglich der möglichen Führung der Radwege. Die Vorsitzende erwidert sie hätte dazu eine Mail vom Landtagsabgeordneten Katzenstein erhalten mit Links bezüglich Planungen und Kosten, welche vielleicht ein Planungsbüro unnötig machen. Sollte man eines brauchen wird dafür ein Beschluss benötigt. Die Mail wird sie an die Gemeinderäte weiterleiten.

Er führt weiterhin an, dass der an der Schulturnhalle installierte Bewegungsmelder zu spät reagieren, oder wie im Moment gar nicht funktionieren würde und bittet dies zu reparieren. Des Weiteren seien auf dem Weg an der Volksbank, welcher genutzt wird um die Baustelle zu umgehen, zwei Bewegungsmelder angebracht. Der untere würde zu spät schalten. Seine Frau ist deswegen an Weihnachten bereits gestürzt weshalb er darin eine große Gefahr, gerade für ältere Mitbürger sieht. Die Bürgermeisterin wird dies an die Volksbank weitergeben, da die Melder zu deren Gebäude gehören.

5. Bürgerfragestunde

Herr Peters fragt wegen der nicht mitgenommenen Kartons, ob diese vielleicht nass waren und deswegen nicht mitgenommen wurden.

Gemeinderat Sauerzapf erwidert, dass diese am Abend vorher rausgestellt werden und man dies ja nicht planen kann. Auch das müsste man mit der AVR klären.

6. Änderung Satzung der Schulkindbetreuung/flexible Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung

Die letzte Gebührenanpassung bei der Kernzeitbetreuung war im Jahre 2014. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 21. November 2018 vorgeschlagen, die Gebühren Anfang des Jahres 2019 zu erhöhen. Ebenfalls soll eine Staffelung analog den Kindergartengebühren eingeführt werden.

Die Verwaltung hat nun einen Vorschlag zur Gebührenerhöhung der Kernzeitbetreuungsgebühren erarbeitet:

Vollzeit – bis zu 28 Wochenstunden Betreuung

0	– 30.000 €	=	70,00 €
30.001	– 40.000 €	=	80,00 €
40.001	– 50.000 €	=	90,00 €
50.001	– 60.000 €	=	100,00 €
60.001	– 70.000 €	=	110,00 €
Ab	70.001 €	=	120,00 €

Teilzeit – bis zu 5 Wochenstunden Betreuung

0	– 30.000 €	=	50,00 €
30.001	– 40.000 €	=	55,00 €
40.001	– 50.000 €	=	60,00 €
50.001	– 60.000 €	=	65,00 €
60.001	– 70.000 €	=	70,00 €
Ab	70.001 €	=	75,00 €

Ein Auszug aus der momentan gültigen Gebührensatzung, sowie Satzungen der umliegenden Gemeinden liegen dem Gremium vor.

Bürgermeisterin Müller-Vogel merkt an, dass Gaiberg am günstigsten ist.

Gemeinderat Schätzle wünscht sich eine Anpassung an das System für die Erhebung der Kindergartengebühren. Hier wurde eine prozentuale Belastung eingeführt um mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Es muss sich an der Leistungsfähigkeit der Familien orientiert werden, was hier nicht übernommen wurde. Es gibt zwar mehr Gruppen, aber die Zuordnung sei willkürlich. Die Bestverdiener bezahlen den verhältnismäßig kleinsten Anteil. Er hat sich die Gebühren selbst einmal durchgerechnet mit einer prozentualen Belastung von 3-4 % vom Monatseinkommen wobei sich ca. 3%, ähnlich wie im Kindergarten, als am praktikabelsten herausgestellt hätten. Damit ergebe sich ein Betrag von 39 € für Geringverdiener, welche damit entlastet würden, und ein Betrag von 175 € für die bestverdienende Gruppe. Wer so viel Einkommen hat, kann nicht subventioniert

werden. Gemeinderat Schätzle möchte daher die Berechnung auf Prozent umstellen um mehr Gerechtigkeit zu erreichen.

Gemeinderat Haider sieht dies genauso. Die Geringverdiener werden am meisten belastet, was so nicht geht. Er bemängelt die Unterteilung in lediglich 2 Zeitstufen zu 5 und 28 Stunden. Hier soll mehr differenziert werden. Er schlägt Stufen von 5, 10, 20 und 28 Stunden vor. Dies sei zwar komplizierter aber machbar. Die Eltern müssten ihre Kinder künftig für einen gewissen Zeitraum (z. B. Halbjahr) fix anmelden.

Der Hauptamtsleiter gibt zu bedenken, dass es sich bei den Kosten hauptsächlich um Fixkosten für Personal handelt, welche unabhängig von der Stundenzahl immer gleich hoch sind.

Gemeinderat Haider erwidert, dass man hier eventuell Anpassungen in der Aufteilung vornehmen müsste. Schließlich hätte man viele Teilzeitkräfte. Er möchte vier Stundenstaffeln.

Gemeinderat Mühleisen fragt Rechnungsamtsleiterin Edinger nach dem Deckungsgrad. Sie erwidert, dass man diesen noch nicht kenne, er aber 2018 bei 46% gelegen hätte. Mühleisen stellt daraufhin fest, dass die Gemeinde somit die Kernzeitbetreuung zu über 50% subventioniert. Die Rechnungsamtsleiterin merkt an, dass der erwartete Deckungsgrad ohne Erhöhung sogar nur bei 39 % liegen würde.

Mühleisen vergleicht die Kosten in der niedrigsten Einkommensstufe für 5 Stunden (50€) und 28 Stunden (70€). In den nur 20€ Unterschied sieht er eine hohe Diskrepanz. Er fragt ob dies in den Grundkosten begründet liegt, was der Hauptamtsleiter bejaht.

Gemeinderat Haider sieht hier ebenfalls ein Missverhältnis. Gaiberg sei aber schon lange Vorreiter, was die Staffelung betrifft.

Die Gemeinderäte kommen überein, dass die Kosten für die niedrigste Einkommensstufe zu hoch sind und das Verhältnis der Kosten für 5 im Vergleich zu 28 Stunden nicht stimmt.

Gemeinderat Haider bietet an, eine Tabelle zu erstellen mit welcher die Kosten prozentual und mit den vorgeschlagenen Stundenstufen durchgerechnet werden können.

Die Vorsitzende stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt im Moment nicht beschlussreif ist und vertagt diesen.

7. Läuten der Glocken der Evang. Kirche in Gaiberg und Zeitangabe durch den Glockenschlag – Antrag der SPD/Aktiven Gaiberger

In der Sitzung vom 19. Dezember 2018 stellten die SPD und Aktiven Gaiberger folgenden Antrag:

Das 11.00 Uhr Läuten der evangelischen Kirche abzuschalten.

Ebenso soll die nächtliche Zeitangabe durch den Glockenschlag der evangelischen Kirche in der Zeit von 22.00 Uhr bis 7.00 Uhr abgeschaltet werden. Grund dafür sind die Überschreitungen der Grenzwerte.

Der entsprechende Antrag liegt dem Gremium vor.

Die Bürgermeisterin teilt zu Beginn mit, dass Sie einen Anruf von Pfarrer Beisel erhalten hat. Sie soll ausrichten, dass bei den durchgeführten Messungen nur das Läuten der Glocken gemessen wurde. Der Schlag sei etwas anderes, da hierfür ein Hammer verwendet wird. Gemeinderat Dr. Mühleisen bestätigt, dass aus technischen Gründen nur das Läuten gemessen wurde.

Das Schlagen ist nach Müller-Vogel deutlich lauter. Zudem hat es einen anderen Ton als das Läuten. Es wäre möglich die Hämmer zu dimmen. Es gibt drei Glocken und die Kosten belaufen sich auf 1.500€ pro Glocke.

Gemeinderat Dr. Mühleisen stimmt zu, dass dies technisch machbar wäre, ebenso könnten Magnethämmer zu leiseren Schlägen verhelfen. Aber den Anwohnern welche im Sommer auch nachts die Fenster geöffnet haben sei es egal ob die Glocke mit 40 oder 80 Dezibel schlägt. Es hätte Klagen von Anwohnern gegeben und darauf müsse reagiert werden. Die gemessenen Werte liegen über den Schwellenwerten. Es geht hierbei nur um politisches Läuten/Schlagen.

Die Vorsitzende findet das Schlagen nachts bedenklicher als das Läuten tagsüber. Zudem gebe es bereits einen Beschluss des Kirchengemeinderates, dass das 11 Uhr Läuten abgeschafft werden kann.

Gemeinderat Wallenwein findet das Läuten gehört dazu, man überhöre es eh. Gaiberg sei eh schon so leise, wenn das Läuten auch noch wegfällt sei gar nichts mehr da. Gerade alte Leute würden es zur Orientierung nutzen.

Gemeinderat Sauerzapf führt an, dass er auch Anwohner einer Kirche sei und er das Läuten schon gar nicht mehr wahr nimmt. Wir würden in einer Zeit leben in der ständig alles hinterfragt werden müsse. Das Läuten gehört zum Ortsleben, die Lautstärke war immer gleich. Das Thema wurde schon mehrmals besprochen und die Bürgerversammlung wollte das Läuten damals beibehalten.

Müller-Vogel hält fest, dass es Bürger gibt, die der Zeitschlag nachts stört. Über die Zone 30 würde auch wegen des Lärms diskutiert. Hier dürfe man keinen Unterschied machen. Die Bürger haben ein Recht auf einen ruhigen Schlaf.

Gemeinderat Sauerzapf hätte gerne die Messdaten.

Gemeinderat Dr. Haider findet eine Abschaltung gut, aber nur von 22-6 Uhr. Er meint wer betroffen ist sollte berücksichtigt werden

Gemeinderat Dr. Hennrich schließt sich dem an. Er meint auch Traditionen müssten immer mal hinterfragt werden. Heute schaue man um die Uhrzeit zu erfahren eher auf das Handy als auf den Glockenschlag zu hören. Man müsse differenzieren welche Dinge wirklich stören. Mit der Ortsmitte will man Leute anziehen, in direkter Umgebung der Kirche soll vielleicht in den kommenden Jahren gebaut werden.

Der Hammerschlag müsse weg, der genaue Zeitraum sei diskutabel. Das Läuten um 11 Uhr hingegen störe niemanden.

Gemeinderat Volkmann erwähnt die Bürgerversammlung, bei welcher lange über dieses Thema diskutiert wurde, mit dem Ergebnis das Läuten und Schlagen beizubehalten. Man müsse jedoch die direkten Anwohner berücksichtigen. Er erzählt, dass er sich für den Kauf einer Wohnung in Wiesloch interessiert hat. Bei der Besichtigung wurde er direkt auf den Glockenschlag hingewiesen. Das Schlagen nachts sollte abgeschafft werden, das Läuten tagsüber kann bleiben.

Gemeinderat Schuh findet Traditionspflege wichtig, allerdings ändern sich viele Traditionen mit der Zeit. So gibt es heute z.B. auch keine Nachwächter mehr.

Früher war das Schlagen der Kirche wichtig für die Zeitansage, heute hat man andere Möglichkeiten. Das Schlagen nachts ist störend, tagsüber ist es egal. Bei der damaligen Bürgerversammlung äußerte sich niemand aus direkter Kirchennähe, die Abstimmung war daher nicht real.

Gemeinderat Dr. Mühleisen hat das von Gemeinderat Sauerzapf zuvor gewünschte Protokoll, darf es aber nicht einfach so weitergeben. Dieses wurde von einer Privatperson initiiert und liegt dem Pfarramt vor.

1. Beschluss

Das nächtliche Läuten zwischen 22 und 6 Uhr wird beibehalten.

Drei Ja-Stimmen (Gemeinderäte Sauerzapf, Aldenhoff und Wallenwein) bei einer Enthaltung (Gemeinderat Volkmann) und sieben Gegenstimmen.

2. Beschluss

Das Läuten um 11 Uhr wird beibehalten.

9 Ja-Stimmen bei zwei Gegenstimmen (Gemeinderäte Dr. Haider und Dr. Mühleisen)

8. Beschlussfassung zur Umsetzung der Zone 30 im Bereich der Lärmüberschreitung bzw. Erreichen der Lärmgrenze im Bereich der L600

Am 17.07.2018 urteilte der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg (10S2449/17) über die Geschwindigkeitsbegrenzung innerhalb einer Ortsdurchfahrt. Dieses Urteil sollte die Gemeinde Gaiberg für die Umsetzung zum Tempo 30 (Lärmschutz) in der Ortsdurchfahrt nutzen.

Auf Basis der Bundesverkehrswegezählung 2010 wurde von der Gemarkung Gaiberg die L600 als kartierungspflichtige Strecke im Sinne der Umsetzung der EU-Umgehungsrichtlinie mit mehr als 8.200 Kraftfahrzeugen in 24 Stunden dargestellt. Das Verkehrsmonitoring, im Rahmen der Bundesverkehrswegezählung 2014 erstellt, ergab einen Wert von durchschnittlich 10.800 Kraftfahrzeugen innerhalb von 24 Stunden. Hierbei gilt zu beachten, dass der tatsächliche Verkehr um einiges höher ist. Der hinzukommende Verkehr der K4161 aus Richtung Heidelberg und Gauangelloch wurde in der Zählung wegen fehlender Zählstellen nicht berücksichtigt.

Das oben genannte Urteil orientiert sich hinsichtlich der Frage, ob gemäß § 45 Abs. 9 Satz 3 StVO eine Gefahrenlage gegeben ist, an den Grenzwerten der Verkehrslärmschutzverordnung (16.BImSchV). Werden die in § 2 Abs. 1 der 16-BImSchV geregelten Immissionsgrenzwerte überschritten, haben die Lärmbetroffenen regelmäßig einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über eine verkehrsbeschränkende Maßnahme (VGH Baden-Württemberg, Az. 10 S 2449/17, Rn. 33)

Das Ingenieurbüro für Verkehrswesen Koehler und Leutwein kommt in seiner Untersuchung zur Lärmbelastung in der Ortsdurchfahrt in Gaiberg (L600) zu dem Ergebnis, dass die Immissionsgrenzwerte mehrfach überschritten werden.

Insbesondere ist für die Vorsitzende als verantwortliche Bürgermeisterin zu berücksichtigen, dass nach der Lärmwirkungsforschung Werte ab 65 dB(A) am Tag und 55 dB(A) in der Nacht im gesundheitskritischen Bereich liegen (vgl. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 17. Juli 2018, 10 S 2449/17, Rn.36).

Die Grenzwerte sind im gesamten Bereich der L600 entweder überschritten oder nah an den Grenzwerten. Dies berechtigt die Gemeinde dazu die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der L600 auf Tempo 30 zu fordern.

Das Lärmgutachten sowie das Urteil des VGH liegen den Ratsmitgliedern vor.

Gemeinderat Dr. Haider fehlt in der Vorlage die Angabe der Hausnummern. Die Vorsitzende erwidert, dass sie diese inzwischen ergänzt hat. Es handelt sich um den Bereich zwischen Hauptstraße 2-44 und von der Bammentaler Straße 1-55.

Gemeinderat Schätzle führt an, dass auf einer der Seiten des Gutachtens steht, dass die Werte im Bereich der Bammentaler Straße sowie den Einmündungen Gartenstraße und Schillerstraße durchgehend zu hoch sind. Er findet es schön, dass es jetzt endlich vorwärts geht. Der erste von Ihnen gestellte Antrag stamme schließlich schon aus dem Jahr 1995. Seitens der Verkehrsbehörde und des Landratsamtes sei Ihnen hier aber immer ein Bein gestellt worden unter teils abstrusen Begründungen.

Manchmal kam es ihm vor als seien Gaiberger Menschen zweiter Klasse im Rhein-Neckar-Kreis. Er freut sich über die aktuellen Entwicklungen und hofft auf einen guten Ausgang.

Bürgermeisterin Müller-Vogel merkt an, dass sich die rechtlichen Voraussetzungen durch das Gutachten, und das in der Vorlage genannte Urteil des VGH geändert haben. Zudem sagte der Landtagsabgeordnete Hermino Katzenstein zu, sich um die Angelegenheit zu kümmern, falls das Landratsamt den Antrag ablehnt.

Gemeinderat Dr. Mühleisen fragt den Hauptamtsleiter ob die Messstelle für die Wegezählung jenseits des Kreisels war, was dieser bejaht. Dr. Mühleisen vermutet, dass die tatsächlichen Werte dann höher liegen, Wenning gibt allerdings zu bedenken, dass abgehender Verkehr nach Gauangelloch und Heidelberg auch bedacht werden muss. Deshalb gleichen sich die Werte vermutlich aus.

Gemeinderat Senghas fragt sich ob eine Beschränkung auf 30 km/h wirklich leiser ist. Gesünder und weniger gefährlich allemal, aber z. B. fahren im zweiten Gang mit 30 km/h ist auch sehr laut. Gemeinderat Dr. Mühleisen erklärt, dass sich der beim Fahren entstehende Lärm zu je 50% aus dem Motorengeräusch und dem Rollgeräusch zusammensetzt. Ein leiseres Reifengeräusch erreiche man allemal. Wie es insgesamt bei Fahren in niedrigen Gängen mit hohen Drehzahlen aussieht ist natürlich fraglich.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt für die Gemeinde Gaiberg die fachgerechte Umsetzung der aus der Lärmaktionsplanung resultierenden Geschwindigkeitsbegrenzung. Für die Ortsdurchfahrt Gaiberg der Landesstrasse 600 vom Ortseingang Hauptstraße 2 bis Hauptstraße 44, sowie der Bammentaler Straße von Hausnummer 1 bis Hausnummer 55, ist die Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 zu reduzieren.

Andere Maßnahmen zur Lärmoptimierung kommen gegenwärtig nicht in Betracht. Acht Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme (Gemeinderat Aldenhoff) und zwei Enthaltungen (Gemeinderäte Senghas und Wallenwein).

9. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs der Wasserversorgung für das Jahr 2019

Die Gemeinderäte erhielten mit der Sitzungsvorlage den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für den Hoheitsbereich und den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs der Wasserversorgung für das Jahr 2019.

Die Sitzung des Verwaltungsausschusses zur Beratung des Haushaltsplanes findet am 06. Februar 2019 statt. Diese Sitzung beginnt bereits um 18.00 Uhr mit einem Vortrag zur Einführung des NKHR. Hierzu wird Herr Thomas Dewald, Kämmerer der Stadt Rauenberg und Referent bei der Verwaltungsschule Baden-Württemberg, anwesend sein.

Die Stadt Rauenberg stellte bereits im Jahr 2006 als eine der ersten Gemeinden in Baden-Württemberg auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht um. Dadurch hat

Herr Dewald bereits viel Erfahrung mit dem NKHR und steht dem Gemeinderat auch für Fragen zur Verfügung.

Hierzu sind alle Mitglieder des Gemeinderates herzlich eingeladen.

Gemeinderat Dr. Haider zeigt sich überrascht von den vielen Nullen im Haushaltsplan. Rechnungsamtsleiterin Edinger erklärt, dass dies an der Umstellung auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen und der damit verbundenen Neuaufteilung liegt. Die Kostenstellen sind nicht 1:1 mit den bisherigen vergleichbar. Auf Seite 6 findet sich eine Auflistung, was welche Haushaltsstelle war und wo sich diese jetzt im neuen Haushaltsplan wiederfindet. Gemeinderat Schuh bemängelt die nach seiner Meinung nicht vorhandene Aufgliederung, bekommt aber von der Rechnungsamtsleiterin die Antwort, dass diese sogar genauer als bisher sei. Genauer erklärt wird dies in der Sitzung des Verwaltungsausschusses.

Gemeinderat Dr. Haider findet es schwierig zu sehen in welche Richtung sich die Zahlen entwickeln. Frau Edinger bestätigt, dass sie bei der Erstellung des Haushaltsplanes vor demselben Problem stand, daher wird es sicherlich Abweichungen geben.

Gemeinderat Schuh kritisiert, dass alles sehr abstrakt ist. Eine Vorbereitung ist nicht möglich, wenn die Vorstellung des NKHR auch erst zum Sitzungstermin des Verwaltungsausschusses stattfindet. Bürgermeisterin Müller-Vogel erwidert daraufhin, dass angeboten wurde einen Referenten zur Klausurtagung einzuladen. Dies wurde jedoch von den Ratsmitgliedern abgelehnt. Man hätte lange vor diesem Problem gewarnt.

Die Rechnungsamtsleiterin meint, dass das was interessant ist ja die Investitionen seien. Diese sind sichtbar.

Bürgermeisterin Müller-Vogel nennt einige Beispielzahlen des Planes wie z.B. geplante Investitionen, Darlehenssummen oder die Pro-Kopf-Verschuldung. Die Vorsitzende wünscht sich noch einmal, dass alle Gemeinderäte denen es möglich ist am 6. Februar zur Sitzung des Verwaltungsausschusses und dem Vortag von Herrn Dewald kommen.

Beschluss

Der Haushaltsplanentwurf 2019 wird ohne Aussprache zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

- Einstimmig –

10. Überschreitung des Feuerwehrhaushaltes 2018

Mit Schreiben vom 02.01.2019 bat der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Dr. Klehr um Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen im Haushaltsjahr 2018.

Der Feuerwehr wurden im Jahr 2018 auf 5 gegenseitig deckungsfähigen Haushaltsstellen Mittel in Höhe von insgesamt 19.800 € bereitgestellt. Zusätzlich beantragten sie am 01.05.2018 die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 2.500 € zur Ersatzbeschaffung von Gerätschaften für Unwettereinsätze, die der Gemeinderat in seiner Sitzung am 16.05.2018 genehmigte.

Die insgesamt bereit gestellten Mittel in Höhe von 22.300 € wurden nun um weitere 3.126,84 € überschritten

Der beantragte Betrag übersteigt gem. § 9 Abs. 2 Ziff. 2.2 der Hauptsatzung die Zuständigkeit der Bürgermeisterin (bis 2.000 €) und ist deshalb vom Gemeinderat zu genehmigen.

Gemeinderat Schätzle findet die Kosten für eine neue Autobatterie mit 260€ sehr hoch und fragt woran das liegt. Normale Batterien würden im Baumarkt nicht über 100€ kosten. Gemeinderat Dr. Haider gibt daraufhin zu bedenken, dass hier eine Hochleistungsbatterie nötig ist, da das Fahrzeug auch viel steht.

Gemeinderat Aldenhoff berichtet, dass seine eigene Autobatterie früher auch um die 100€ gekostet hätte, aber er inzwischen 240€ bezahlen würde. Die 260€ sieht er daher als sehr realistisch. Wirklich gute Batterien seien noch teurer und werden auch noch teurer werden.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt die Überschreitung als überplanmäßige Ausgabe.

- einstimmig -

11. Erweiterung der Straßenbauarbeiten im Bereich des Ortsmittelpunktes Gaiberg

Im Rahmen der Sanierung der Ortsmitte soll auch aus optischen Gesichtspunkten der Übergang zum Bereich der Hauptstraße saniert werden. Hierbei soll auch ein DIN gerechter Unterbau eingearbeitet und die Bordsteine erneuert werden. Der Umfang des Bereiches ergibt sich aus der den Gemeinderäten vorliegenden Zeichnung.

Das Angebot wurde vom Ing. Büro Natschka geprüft.

Gemeinderat Schuh stellt fest, dass es sich um eine Anschlussmaßnahme an den Umbau der Ortsmitte handelt und erhält von der Verwaltung die Auskunft, dass die Kosten anders gebucht werden.

Der Hauptamtsleiter erläutert auf Nachfrage von Gemeinderat Dr. Haider wo gepflastert und wo asphaltiert wird. Ebenso gibt er die Auskunft, dass keine Leitungen verlegt werden müssen.

Gemeinderat Dr. Mühleisen fragt ob es sich um öffentliches oder Privatgelände handelt. Wenning versichert, dass die Arbeiten sich auf den öffentlichen Bereich beschränken.

Die Bürgermeisterin teilt mit, dass das Angebot von Hauptamtsleiter Wenning mehrfach nachverhandelt wurde und anfangs deutlich höher war.

Beschluss

Der Erweiterung der Straßenbauarbeiten im Bereich des Ortsmittelpunktes Gaiberg wird zugestimmt. Die Arbeiten werden für 26.267,487 € an die Firma Demirbas vergeben.

- einstimmig -

12. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 29. Januar 2019 – Genehmigung der Tagesordnung

Anbei die Einladung mit Tagesordnung zur Sitzung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 29. Januar 2019.

Die Gaiberger Vertreter in der Verbandsversammlung, die Gemeinderäte Trost und Sauerzapf, erhalten die kompletten Sitzungsunterlagen direkt vom Verband. Für die

beiden weiteren im Gemeinderat vertretenen Fraktionen erhalten die Gemeinderäte Volkmann und Schätzle beigefügt ebenfalls die kompletten Sitzungsunterlagen.

Die Vorsitzende erläutert kurz die einzelnen Tagesordnungspunkte.

Beschluss

Der Tagesordnung der Verbandsversammlung wird zugestimmt.
- Einstimmig –

13. Annahme von Spenden

Beschluss

Die Annahme der Spenden gem. Spendenliste wird einstimmig beschlossen

14. Kenntnissgabeverfahren nach § 51 Abs. 1 und 2 LBO - Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage auf dem Grundstück Flst. Nr. 702, Bammentaler Straße

Die Vorsitzende rückt aufgrund Ihrer Befangenheit klar vom Sitzungstisch ab. Gemeinderat Volkmann übernimmt als stellvertretender Bürgermeister für diesen Tagesordnungspunkt die Leitung der Sitzung.

Rechtsgrundlage: Bebauungsplan Streitäcker und Kleinfeld

Kenntnissgabeverfahren nach § 51 Abs. 1 und 2 LBO – Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage auf dem Grundstück Flst. Nr. 702, Bammentaler Straße 49.

Die Bauherren planen die Errichtung eines Einfamilienhauses auf dem Flst. Nr. 702, Bammentaler Straße 49 in Gaiberg. Notwendige Befreiungen vom Bebauungsplan wurden nicht beantragt und sind auch nicht ersichtlich.

Gemeinderat Dr. Haider fragt ob es Einwendungen der Nachbarn gibt. Vom Hauptamtsleiter erhält er die Auskunft, dass das Verfahren noch läuft, aber bisher keine Einwendungen vorliegen.

Beschluss

Das Bauvorhaben wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

15. Verschiedenes

Gemeinderat Dr. Hennrich wünscht sich ein eigenes Mikrofon für Hauptamtsleiter Wenning. Die Vorsitzende erwidert, dass dafür sogar Geld im Haushalt eingestellt ist.

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 20.35 Uhr

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Die Schriftführerin

Petra Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Nina Wesselky
Angestellte